

Der Wendepunkt

Junge Sozialisten an der Uni Köln



Demokratie statt Schulden-Knechtschaft

Die Politik in die eigenen Hände nehmen

„Sie [die Gläubiger] verlangen, dass der Staat spart, und fordern sogar die Privatisierung staatlichen Vermögens. Damit verlegt sich die internationale Finanzwelt auf eine neue Art von Kriegsführung, die dasselbe Ziel verfolgt wie in früheren Zeiten die militärische Eroberung: die Aneignung von Land und Bodenschätzen, die Übernahme staatlicher Infrastruktur und die Erhebung von Tributzahlungen. [...] Es wird behauptet, staatliche Planung und Besteuerung sei „der Weg in die Knechtschaft“, als wären „freie Märkte“ unter der Kontrolle rücksichtslos agierender Banker nicht geplant, und zwar im Blick auf Sonderinteressen oligarchischer statt demokratischer Art. [...] Die Alternative besteht darin, die Schulden abzuschreiben oder gar zu annullieren und die Regulierung der Finanzmärkte zu verstärken.“

Michael Hudson, „Was sind Schulden?“, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2.12.2011.

Wo es Schulden gibt, gibt es Gläubiger. Diese finden in Staatsanleihen eine sichere Renditemöglichkeit. Schulden bedeuten die „Polarisierung von Reichtum“ und die Erweiterung der Macht einer finanzstarken Oligarchie, die breite Bevölkerungsschichten in Schulden-Knechtschaft hält und einen gesellschaftlichen Raubzug sondergleichen betreibt. Diesen Zusammenhang erleuchtet weltgeschichtlich der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson in seinen Artikel in der FAZ.

Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben wurde in den letzten Jahren ideologisch mit der Leier des Gürtels, der enger geschnallt werden müsste, vorangetrieben: „There is no alternative“ (TINA). Damit sollte die Bevölkerung zu Bescheidenheit verdonnert werden. Lohndumping, Privatisierungen und Sozialabbau waren das Ergebnis. Diese Politik ist ursächlich für die aktuelle Wirtschaftskrise, denn Autos kaufen keine Autos; nun soll genau diese Politik „Bedingung“ für neue Kreditvergaben für verschuldete Staaten sein, offen und schamlos diktiert von Finanzinstitutionen.

Nachdem allerdings weltweit Milliarden in obskure Bankenrettungen gesteckt wurden, ist nicht mehr zu verschleiern, dass Geld genug da ist und Bescheidenheit keine soziale Verbesserung für die Bevölkerung bringt. Weltweit wachsen der Unmut, die Einsicht und Forderung, dass der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum das

Allgemeinwohl bereichern sollte statt eine kleine Wirtschaftselite: für menschenwürdige Lebensverhältnisse, Bildung, Gesundheit und Kultur für alle.

Wir sind alle Griechen.

Die Perspektive in unserer zunehmend sozial und politisch polarisierten Epoche ist, die politische Entwicklung selbst in die Hände zu nehmen. Dadurch kann auch gestrotzt das neoliberale Menschenbild abgeschüttelt werden, dass der Mensch ein verfügungsloses, von seinen Mitmenschen isoliertes und auf's Private reduziertes (privatus, lat.: „beraubt“) Wesen sei. Eine Renaissance der Solidarität verleiht der Lebenstätigkeit humanen Sinn und Richtung. An den Hochschulen bedeutet das die dringende Befreiung von der Bachelor-Emanzipationsbremse: für solidarisches, kritisches, auf die Verbesserung der Lebensbedingungen gerichtetes Lernen statt Paukelei für einen Arbeitsmarkt, der dadurch nicht besser wird.

Solche Veränderungsambitionen sollten auch von einer studentischen Interessenvertretung ausgehen.

„Schönster aller Zweifel aber
Wenn die verzagten Geschwächten den Kopf heben und
An die Stärke ihrer Unterdrückten
Nicht mehr glauben!“

Bertolt Brecht, Lob des Zweifels, 1938.

Wer wir sind: Wir sind Sozialisten, Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe und der SPD und kämpfen in Hochschule, Partei und Gesellschaft für soziale Emanzipation, Frieden und menschenwürdige Lebensverhältnisse weltweit. Soziale Verbesserung beginnt mit dem Nein zur profit- und marktgetriebenen Politik. Wir können dieses Jahr nicht für das Studierendenparlament kandidieren, da wir von der Liste der Juso Hochschulgruppe gestrichen wurden. Soll zu viel Antikapitalismus und Friedensanliegen in der Mehrheitssozialdemokratie nicht sein?

Für die universitäre Selbstverwaltung kandidieren wir auf folgenden Listen:



Für die Engere Fakultät der Philosophischen Fakultät:

Liste 3 „Liste Linker Aktiver – Für eine soziale, zivile und demokratische Hochschule“

Für die Engere Fakultät der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Wahlkreis 54/55 Mathematik und Informatik / Physik: **„Liste von FachschafterInnen“**

Für den Senat: **Liste 2 „Liste von Fachschaften und kritischen Hochschulaktiven“**

www.wendepunkt.uni-koeln.de

jungesozialisten@yahoo.de

V.i.S.d.P.: Wendepunkt – Junge Sozialisten, % Stefan Brackertz, Peter Förster, Agnes Kamerichs, Felix v. Massenbach, Marienstr. 3d, 50825 Köln